

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

64 (16.3.1932)

Beruhigung noch gar zu einer Gesundung kommen, wenn die Regierungen die Dinge so weitertreiben lassen.

Wir fordern rückwärtsloses Einschreiten gegen die staatsverfeindenden und volksverwüstenden Treiben der Hitlerpartei!

Wir fordern, daß damit Schluß gemacht wird, daß eine Partei einen Staat im Staate mit eigener Armee und mit eigenem Gelde aufrichten kann.

Wir fordern auch ferner von den Regierungen, daß sie gegenüber den Justizorganen und Persönlichkeiten, die wie hunderte von Beispielen erweisen, täglich gegenüber nationalsozialistischen Vergehen und Verbrechen versagen, mit der Kraft und mit der Autorität auftreten, die im alten Staate die Regierungen immer aufgebracht haben.

Die Front derjenigen, die in Deutschland pflichtbewußt arbeiten und handeln wollen, ist groß genug, um dem Staate die Sicherheit und die Möglichkeit zum Wiederaufstieg zu geben, sofern die Staatsgewalt ebenfalls und endlich in vollem Umfange ihre Aufgaben erfüllt.

Mit dem „System“ des Zauderns, des tatenlosen Zusehens, muß Schluß gemacht werden.

Der erste Faustschlag

Nun aber weiter, eiserne Front!

Von Paul Löbe, Präsident des Reichstags

Wäre es möglich, die fast neunzehn Millionen Stimmen, die am 13. März für den Namen Hindenburg abgegeben worden sind, nach Parteigängern auseinanderzusieben, dann würden die durchschlagenden Zahlen zwei starke Eindrücke wecken. Der erste: Gut ab vor der musterartigen Disziplin der sozialdemokratischen Wählermassen in dieser schwierigen Situation! Der zweite: Allen Respekt vor dem Korpsgeist, mit dem das Zentrum auch diesmal wieder seine Leute zusammenhielt und wie einst zu Marx, heute zu Hindenburg führte; das zweite ist klar ersichtlich aus den Wahlsiffern Bayerns und des katholischen Westens, die Disziplin der Sozialdemokraten oder läßt sich studieren am Vergleich der Siffern ihrer großen Hauptstädte: Berlin, Hamburg, Magdeburg, Hannover, Braunschweig, Wiesbaden uft. mit den früheren Wahlen in diesen Städten und wird bestärkt in zahlreichen Dörfern und kleinen Orten, wo die Ueberlicht über die Parteistärke leichter ist. Die Sozialdemokratie, geschult in den politischen Notwendigkeiten zur Zeit schwerer Krisen, hat ihren Mann gestanden, auch in dieser ungemein komplizierten Situation.

Man verrecknet haben sich dagegen die Herolde des deutschen Kommunismus. Seit der Wahl von 1930 lesen wir in jeder roten Fahne von den massenhaften Aus- und Uebertritten von Sozialdemokraten in Betrieben, Städten und Dörfern, täglich wiederholten sich die Zahlenfolgen über Werbeerfolge für die kommunistische Partei und ihre Zeitungen, besonders in Berlin. Das Resultat ist 42 000 verlorene Stimmen in der Hauptstadt! Auf Millionen wurde die Zahl der Ueberläufer im Reich zu Thälmann wegen der unpopulären Kandidatur Hindenburg gekürzt. Es sind jetzt ganze 400 000, eingeschlossen die neuen Wähler, die Zunahme der Wahlberechtigten und der Wahlbeteiligung, eingeschlossen die Zunahme der Erwerbslosen und der — S.W.P. Man bedenke, daß die Erwerbslosen mit ihren Familien allein zehn Millionen Wähler umfassen, um deren Standhaftigkeit abzuschätzen. Statt sieben bis acht Millionen Stimmen nur fünf, die Enttäuschung dürfte nicht klein sein, vielleicht auch die Erkenntnis, daß die fruchtlose arbeiterschädigende Agitation gegen die „sozialen Faschisten“ schon an der Grenze ihrer Wirksamkeit angelangt ist.

Herr Eugen Berger hat mit dem Stahlhelm zusammen so gut wie nichts über das hinaus erreichen können, was er bei den letzten Wahlen als Trümmer einer einst so großen Partei besaß, Gewinne und Verluste gleichen sich so ziemlich aus. Seine Presse muß sich wieder mit den Zählenerfolgen des jungen aber rabiaten Eruders schmücken, obwohl sie von diesem während des Wahlkampfes gründlich angepöbeln wurde.

Die anpruchsvollen überheblichen Propbeten des Dritten Reiches haben eine kräftige Niederlage erlitten, wenn man ihre großsprechenden Ankündigungen mit der Tatsache vergleicht, daß der schon ausgerufenen „Reichspräsident Hitler“ mit siebenundsiebzig Millionen Stimmen hinter Hindenburg zurückblieb, während er nicht nur Hindenburg, sondern alle anderen Kandidaten im flotten Spurt überholte. Gemessen an der Aufschneiderei ist der Reinfall der Sakentruiser grandios.

Am Tage nach dem erfolgreichen 13. März steht die deutsche Republik vor drei wichtigen unumgänglichen Aufgaben. Wir wissen, die nationalsozialistischen Wahlsiffern sind der Widerschein der herrschenden Wirtschaftskrise, eine endgültige Zerschlagung und Zersplitterung dieses Blocks ist nur möglich durch Besserung der wirtschaftlichen Lage. Auf den 13. März folgte der 23. März mit dem Arbeitsbeschäftigungsgesetz der Gewerkschaften. Er weist auf das Notwendige hin, was nun zu tun ist und wobei es kein Erklämen geben darf. Die zur Konsolidierung schreitende politische Lage muß sofort genutzt werden zum Anstoß der wirtschaftlichen Besserung. Ueber die Einzelheiten kann hier nicht gesprochen werden, Pläne dafür sind genug da; die Bau- und Wirtschaftsämter der sozialdemokratischen Fraktion, umfassende Siedlungs- und Verkehrsprojekte, die internationalen Pläne, die Albert Thomas in diesen Tagen mit Reichsminister Brüning verhandelt, die gewerkschaftlichen Vorschläge, Ruffenlieferungen usw. Die politische Schlacht kann nicht endgültig gewonnen werden, ohne planmäßige Hilfe für den Arbeitsmarkt. Darüber sollen sich alle Verantwortlichen innerlich und außerhalb der Regierung im Klaren sein.

Der zweite Akt ist das Vorgehen gegen eine Bewegung, die immer wieder aus der beschworenen Legalität heranstreift, die politische Waffenlager in Berlin ausfundschaften läßt, die Bombenfabrikation in der Pfalz betreibt, die eine eigene Armee in Kasernen unterhält, die ungezählte Bluttaten herbeigeführt hat. Es muß Schluß gemacht werden mit der demokratischen Tolerierung von Tendenzen, die offen erklären, daß sie mit Galgen und Guillotine gegen diese Demokratie vorgegangen wären, wenn sie nur einen Zipsel der Macht erwischt hätten. Nach einer kurzen Spanne Zeit, die wir den Herren wohl noch lassen müssen, um ihre Schulden zu bezahlen (dabei dürfen wir sie nicht gerade stören!) — aber dann, Herr Minister des Innern, darf es ein zweites Meer in Deutschland, das sich immer wieder Waffen zu beschaffen weiß, nicht mehr geben! Auch keine Gleichstellung dieser Gegner des Staates mit Organisationen, die sich loben für den Staat in musterwürdiger Weise eingesetzt haben.

Wird die dringende wirtschaftliche Vorbereitung und die unabwiesbare politische Aufräumarbeit mit kräftigen Händen begonnen, dann ist die Vorbedingung für eine gründlichere Fortführung des so allabendlich begonnenen Kampfes der Eisernen Front gegeben. Dann wird die Kurve der politischen Verzweiflungsstrategen und Abenteuerer, die in Hamburg, Posen und Bayern schon wieder nach

unten geht, auch im übrigen Reich herabgedrückt. Die weitere politische Gesundung wird möglich sein.

Die Eisernen Front hat den kräftigen Faustschlag am 13. März mitgeführt — es soll aber nur der erste sein. Mit frischem Elan geht jetzt das Ringen weiter und Deutschland wird aus den Giebertäumen erwachen, in die es fruchtlose Agitatoren geschleudert haben. Der erste Hieb der Eisernen Front hat einige schon munter gemacht. Frisch auf zum zweiten Schlag!



Krach im Harzburger Lager

Zwischen Nazi und Landbund

Dresden, 15. März. (Eig. Draht.) Ein für die Harzburger Parteien wenig erfreuliches Nachspiel zur Reichspräsidentenwahl trat sich am Dienstag in der Sitzung der sächsischen Landwirtschaftskammer zu. Die Nationalsozialisten hatten den Präsidenten der Landwirtschaftskammer Rittergutsbesitzer Bogeljung (Landbund) unter Führung des Nazipräsidenten Körner in einem Wahlflugblatt schwer beleidigt. Bogeljung legte deshalb in einer Vorstandsitzung sein Amt als Präsident der Kammer nieder. Seine Fraktion brachte einen Misstrauensantrag gegen Körner ein. Um ihm zuvorzukommen, legte Körner gleichwohl sein Amt nieder. Nachdem von der Gegenpartei gegen Körner eine Erklärung verlesen worden war, wurde die Sitzung verlagert.

Stahlhelm und Reichspräsidentenwahl

In einer Stellungnahme des offiziellen Pressedienstes des Stahlhelms wird zum Ergebnis der Reichspräsidentenwahl u. a. erklärt: Reichspräsident von Hindenburg hat am 13. März 18,5 Millionen Stimmen auf sich zu vereinen vermocht. Von der nächst höchsten Stimmenzahl, der des nationalsozialistischen Parteiführers Hitler, trennen ihn mehr als sieben Millionen. An der absoluten Mehrheit fehlen nur knapp 200 000 Stimmen. Ein zweiter Wahlgang könnte kein anderes Ergebnis zeitigen, er ist damit, selbst wenn er aus formellen Gründen stattfinden muß, politisch bedeutungslos geworden. Wenn also eine Möglichkeit besteht, um die Formalmehrheit des zweiten Wahlganges heranzuführen, so haben wir dagegen nichts einzuwenden, sobald unsere grundsätzlichen Bedenken gegen eine etwaige Verquickung der Präsidentschaftswahl mit parlamentarischen Entscheidungen unverändert fortbestehen. Der Entschluß, sich keiner nationalsozialistischen Parteideklaratoren zu unterwerfen, bleibt richtunggebend bestehen.

Schluß jetzt!

Von Helmut Vollweiler

Das deutsche Volk hat am 13. März den Generalantritt der Faschisten abgeeschlagen. Neben zwei Drittel aller Wählenden haben — selbst wenn man die Stimmen des deutschnationalen Kandidaten Hitlerberg denen der Faschisten hinzurechnet — gegen Hitler.

Noch wenige Stunden vor der Wahl konnte man in einer endlosen Flut von nationalsozialistischen Flugblättern und Zeitungen lesen:

„Hitler, der Reichspräsident... es gibt keine Diskussion mehr darüber... wir haben bereits alle!“ Es ist anders, ganz anders gekommen, als die vielen kleinen und großen Anwärter des Dritten Reiches es „heißen und lehrbuchswollen Herzens“ — wie Herr Dr. Jibor Goebbels sagte — erwartet haben: Das Babanquespiel der nationalsozialistischen Dazardreie, die es wagten, ihre letzte Karte auf die Dummheit der proletarischen Kleinbürger zu setzen — man erinnere sich der Worte, die der kleine häßliche Vertreter der aufzunehmenden deutschen Gebirgs im Reichstag sprach: „Wir wissen, daß wir um Sein oder Nichtsein der nationalsozialistischen Bewegung kämpfen“ — ist trotz äugel- und gewissenloser Agitation, trotz des unglücklich wüsten und vor gemeinsamen Beschimpfungen nicht zurückstehenden Völkenselbundes mißlungen.

Jetzt alles, den zweiten Schlag zu führen! Es genügt nicht, daß man den Aosteln des Bürgerkrieges ihre Niederlage leblich beklagt. Solange Herr Hitler in Ruhe fortzahren darf seine braune Bürgerkriegsarmee durchzuorganisieren und die „rauben Kämpfer“ seiner Sturmabteilungen in sogenannten S.W.-Heimen gegen Lohn, Kost und Unterhalt zu katernieren, um sie jederzeit für die Zwecke der Parteileitung verfügbar zu haben, solange man im Reichswehrministerium nicht aufhört, mit den Vertretern sinnloser Volkserziehung in alljährlichem Verhandlungsweg zu patieren und ihren Anhängern die letzten machtpolitischen Stützen des Staates preiszugeben, solange man sich dort nicht entschließt, gegen die privatmilitaristischen Umtriebe der NSDAP, gegen ihre Automobils- und Fliegerkorps, Radbrigaden und Motorradtruppen, Sanitätswagen, Feldzeugemeister und ähnliche rein „sporadischen“ Organisationen einen entscheidenden Schlag zu führen, solange man die deutsche Arbeiterkraft durch eine aus Sture grenzende Toleranz gegenüber den Gegnern dieses Staates zwingt, politische Abwehrorganisationen zu formieren, um von den faschistischen Herden

Großer Nazi-Waffentransport beschlagnahmt

Hannover, 15. März. (Eig. Draht.) Die Pressestelle des Oberpräsidiums Hannover teilt mit: „Im Kreis Eimbeck ist ein nationalsozialistischer Waffentransport auf dem Wege zum Ortsgruppenführer der Nationalsozialisten in Jelmensien polizeilich beschlagnahmt worden. In den Waffen gehörten

5 Gewehre, Modell 98, 80 Stahlhelme, 18 neue Tornister mit Lebensmitteln für 2 Tage, 200 Infanteriepatronen, 1000 Kubikzentimeter Sprengstoffmunition mit 2 Zündschnüren.

Die Tornister waren mit Namen ausgezeichnet für S.W.-Leute in Ostpreußen des Kreises Eimbeck. Die hannoversche Landkriminalpolizei hat inzwischen

weitere 1000 Schuß Infanteriemunition

im Besitz von Eimbecker Nationalsozialisten festgesetzt und beschlagnahmt. Es sind auch noch weitere Stahlhelme gefunden worden. Von den 34 Mann, die der Eimbecker S.W.-Truppe angehören, waren, wie die polizeilichen Ermittlungen ergeben haben, 28 mit Stahlhelmen ausgerüstet. Durch die polizeilichen Ermittlungen ist ferner festgestellt worden, daß die gesamte S.W.-Truppe Unweilung erhalten hatte, sich am Sonntag nach der Beteiligung an der Wahl außerhalb Eimbeck in Jelmensien zu sammeln.

Die vernommenen S.W.-Leute haben zugegeben, daß gegebenenfalls entschlossen gewesen seien, von den Waffen, die sich in ihrem Besitz befanden, Gebrauch zu machen.

Haftbefehl gegen Polizeileutnant Lang

NRN. Beel in, 15. März. Der Vernehmungsrichter im Polizeipräsidium hat heute gegen den Polizeileutnant Lang und gegen den Polizeioberwachtmeister Schulz-Breien wegen Vorbereitung auf einen Hochverrat und Verübungsgelahr Satzungserlassen.

Schwere Nazi-Ausbreitungen bei Dresden

Dresden, 15. März. (Eig. Draht.) In der Umgebung von Dresden ist es in den letzten Tagen mehrfach zu schweren Nazi-Ausbreitungen gekommen. In Freital sogen etwa hundert Nazi-Anhänger durch die Straßen der Stadt und rissen alle Reichsbanner herunter. Ein Reichsbannertrup von vierzig Mann wurde in der Nähe nach, um sie festzusetzen. Als die Nazis in 200 Meter Entfernung die Reichsbannerleute erblickten, gaben sie durch Schüsse die Hände hüten und mit Schreien drohen, gingen die Reichsbannerleute zurück. Auf dem Heimweg wurden die Reichsbannerleute plötzlich von hinten von den Nazis angegriffen und Eisenketten, Strohkränzen, Gummitripeln, Güter und Baumstämme geschlagen. In Cottbus wurden Reichsbannerkameraden einer Herde von 15 Nazis überfallen. Es fiel auch ein S.W.-Leute binnen kurzer Zeit kamen Waffentransport aus Pirna. Wohnungen von Andersdenkenden wurden förmlich belagert, Fenster eingeschlagen, Türöffnungen eingetreten und Möbel zertrümmert und geschossen. Es gab Leidge und auch schwere Verletzungen.

Vorbereitung fürs Dritte Reich

Köln, 15. März. (S.W.) Ein Wahlvorsteher in Köln hat dem Wahlamt der Stadt Köln in einem Schreiben mitgeteilt, daß 6 Männer mit hitlerischen Namen nicht zur Wahl zugelassen werden, weil sie nicht in der Wahlliste stehen, obwohl sie in dem Wahlbezirk wohnen. Der Schriftführer ist die Meinung aus, daß einzelne Personen, die mit dem Wahlvorsteher Wählerlisten beschäftigt wurden, nicht ohne Berechnung die Namen wegnehmen haben. Diese Berechnung des Wahlvorstehers in Köln ist einer Nachprüfung wert. Vielleicht sind auch in anderen Städten ähnliche Beobachtungen gemacht worden.

nicht vermagt und politisch entmündigt zu werden, solange wir in Deutschland keine Konsolidierung des innerpolitischen Lebens geben können und solange wir es einfach nicht in uns haben, den innerpolitischen Kampf auf eine gesunde, antinazistische Grundlage zu führen.

Solange es in Deutschland kein öffentliches Staatsinteresse das sich mit Abgabe und Schirke dagegen wendet, einen im weitest möglichen Teil der deutschen Jugend von den Händen gewissenloser Köhler, die kein anderes Ziel kennen als das, ihre Anhänger zu einem sinnlosen Tod gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung aufzuführen, ja die weise sogar in den Händen „warmer Brüder“ zu belassen, die mit der ihr anvertrauten Jugend nichts anderes ansatzend wissen, als sich an ihrem Anblick auszuweilen, solange wird es unmöglich sein, die heranwachsende Generation zur Achtung vor diesem Staate, seinen Führern und seinen Mitteln zu erziehen.

Man mache endlich Schluß mit diesem unsagbar beschämenden Zustand.

Oder, glaubt man in den Regierungen des Reiches und der Länder, daß man fortfahren darf, gerade diejenigen Teile des deutschen Volkes, die sich immer wieder unter Einsatz ihrer persönlichen und wirtschaftlichen Existenz in unerlöschlicher Treue für den Staat aufgeben haben, weiterhin zu einer auf die Dauer unermesslichen und verbitternden Toleranz zu zwingen? Die deutsche Arbeiterkraft erwartet, daß die Regierungen nun endlich mit einer Schärfe zu handeln.

Man räudere den privatmilitaristischen Unruherber der NSDAP aus, und es wird bald keine Diskussion mehr darüber geben, ob der politische Weg Deutschlands weiterhin blindlings dem Geleit des Bürgerkrieges entgegenführt!

Noch ist die Aufgabe der Eisernen Front keineswegs gelöst! Es wird alles darauf ankommen, die neuen Formationen der deutschen Arbeiterkraft und der republikanischen Verbände zu stärken, daß es im Ernstfalle gelingt, die Rebellen gegen Staat und Ordnung auch ohne den gleichzeitigen Einfall der faschistischen Machtmittel niederzuringen. Wie Republikaner wollen nicht, daß der Kampf zweier Systeme auf der Straße entschieden wird, wenn man kann es uns verwehren, zu den gleichen Mitteln zu greifen, wenn die machtpolitische Führung des Staates verzagt und die Geener der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung anshiden, eine gewaltige Entscheidung herbeizuführen.

Interessante Wahlziffern In Hamburg und in Hessen

Im ersten Wahlgang für die Reichspräsidentenwahl wurden von rund 44 Millionen Stimmberechtigten 37,6 Millionen gültige Stimmen abgegeben. Einschließlich der rund 250 000 ungültigen Stimmen bedeutet das eine Wahlbeteiligung von 86,2 Prozent. Bei der Wahl im Jahre 1925 wurden im zweiten Wahlgang von 39 Stimmberechtigten 30,5 Millionen Stimmen, das sind 77,8 Prozent, abgegeben. Damals entfielen auf Hindenburg 48,3 Prozent, während am 13. März für den Reichspräsidenten 49,6 Prozent abgegeben wurden.

Interessant ist ein Vergleich der abgegebenen Stimmen mit den Wahlen in Hamburg und Hessen im Herbst vergangenen Jahres: Hindenburgparteien bei der Bürgerchaftswahl 45,6 Proz., am 13. März 54,6 Prozent, Hitler bei der Bürgerchaftswahl 26,2 Prozent, am 13. März 24,5 Prozent, Kommunisten 21,9 Prozent, am 13. März 15,2 Prozent, Deutschnationale 5,6 Prozent, am 13. März Düstere 4,7 Prozent.

Mit den Landtagswahlen in Hessen vom 15. November 1931 verglichen zeigt das Ergebnis des 13. März: Hindenburgparteien: Landtagswahl 45,8 Prozent, am Sonntag 51,5 Prozent, Hitler Landtagswahl 37,1 Prozent, am Sonntag 33,7 Prozent, Kommunisten Landtagswahl 15,5 Prozent, am Sonntag 12,6 Prozent, Deutschnationale Landtagswahl 1,4 Prozent, Düstere 1,9 Proz. Unser Darmstädter Parteiorgan schreibt über das Wahlergebnis in Hessen:

Das Erreichte aber an dem heftigen Wahlergebnis ist die Tatsache, daß die Nationalsozialisten in Hessen gegenüber der Landtagswahl vom November vorigen Jahres 11 000 Stimmen verloren haben. Die hessischen Wähler haben durch die bisherige Tätigkeit der Nationalsozialisten im hessischen Landtag einen praktischen Anschauungsunterricht bekommen, was von der Politik der Nationalsozialisten in Wirklichkeit zu halten ist. Unerlöste Agitationsanstrengungen, deren Verwirklichung den Staat bankrott machen und die Leiden der Steuerzahler restlos auslöschten würden, waren das Einzige, was die „rauen Kämpfer“ Sitlers im hessischen Landtag neben einem unerhörten Skandal, dessen sich das ganze hessische Volk schämt, bisher an positiver Leistung aufgebracht haben. Die hessischen Wähler haben den Demagogen und Spektakelmachern unter der Führung von Lenz und Best mit dem Stimmzettel die Quittung für ihr gewissenloses Treiben gegeben. . . .

Schwer angeschlagen!



„Adolf, Adolf, aufgewacht! Die zweite Runde geht an!“

Brandler-Kommunisten für Hindenburg Rückkehr zur Vernunft

Frankfurt a. M., 15. März. (Eig. Draht.) In Offenbach haben, wie sich nachträglich herausgestellt hat, 5500 ehemalige Brandler-Kommunisten für Hindenburg gestimmt, obwohl ihre offizielle Parole Thälmann lautete. Die Thälmannen haben diese Stimmenabgabe selbst dadurch herbeigeführt, da sie wenige Tage vor der Wahl einen großen Ueberfall auf die Offenbacher SPD organisierte, bei dem es beiderseits tüchtige Schläge gab.

Deutsche Volkspartei und Hindenburgs Sieg

Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei trat am Dienstag zur Besprechung der politischen Lage zusammen. Mit großer Befriedigung wurde der Ausfall der Präsidentschaftswahl begrüßt. Der Parteivorstand richtete an alle Gliederungen der Partei den dringenden Appell, sofort mit den Vorbereitungen für den zweiten Wahlgang zu beginnen, damit Hindenburgs Wiederwahl durch eine überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes gesichert wird.

Die römische Presse zur Hindenburgwahl

ROM, 15. März. Die römische Presse würdigt das Ergebnis des ersten Wahlganges für die Reichspräsidentenwahl. Der Berliner Korrespondent des „Messagero“ wendet sich gegen jede Unterschätzung des Sieges Hindenburgs dessen Wiederwahl im zweiten Wahlgang sicher sei.

Nazi-Faschisten in der Tschechoslowakei festgenommen

Prag, 14. März. (Eig. Draht.) Die tschechischen Faschisten beginnen neuerdings die Methoden der deutschen Falenkreuzler nachzuahmen. Ihre Sturmtruppen drangen am Sonntag in Südböhmen in eine sozialdemokratische Versammlung ein, in der der Bruder des Außenministers, der sozialdemokratische Abgeordnete Bensch, sprach. Mehrere Arbeiter und Arbeiterinnen wurden blutig geschlagen. Ein Arbeiter erlitt schwere Verletzungen. Die telephonisch aus einem Nachbarort herbeigerufene Gendarmerie nahm vier Faschisten fest.

Prag, 14. März. In Ausflucht wurde der Sekretär des nationalsozialistischen Abgeordneten Krebs, Paul Ullrich, festgenommen. In Teplitz und Bodenbach sind ebenfalls je ein Nationalsozialist verhaftet worden. Außerdem sollen 15 neue Strafanzeigen in Nordböhmen erlassen worden sein. In Zittau an der böhmisch-sächsischen Grenze wurde ein Korrespondent namens Oskar Schmidt verhaftet, der angeblich ein Hitlerinstrukteur sein soll.

Beginn der Etatsberatung im Landtag

Voranschlag des Rechnungshofes - Haushalt des Landtags - Förmliche Anfragen - Die Mieten der Mannheimer Polizeibeamten - Der elfässische Salat - Die Badische Bauernbank

6. Sitzung
h. w. Karlsruhe, 15. März

Regierung und Landtag scheinen von den in früheren Jahrzehnten geübtem Brauch abzukommen, die Vorlage und Beratung des Staatsvoranschlags jeweils zum Anlaß einer großen politischen Aussprache zu benutzen, die vom Staatspräsidenten oder Finanzminister über die Finanzlage des Staates eingeleitet wurde, der dann die Parteierklärungen folgten. An sich ist in kaum zu tabeln, daß zur Zeit von diesem alten Brauch abgesehen wird, denn in der heutigen politisch so bewegten Zeit ist fast jede Landtagsitzung ein „Großkampftag“, aus der kleinen Wald- und Wiesenfrage wird heutigen Tages eine politische Staatsaktion gemacht. Ist einmal aus dem Parlament das nur rein parteipolitisch-gattatorische, die demagogische Kampfesweise, die Notwendigkeit und die bauernde Hochspannung verschunden, wird wohl auch wieder zu den alten bewährten Verhandlungsmethoden — allerdings vielleicht befreit von dem überlebten bürokratischen Ballast, der heute den Landtagsberatungen noch anhaftet — zurückgekehrt werden.

Unter den zahlreichen Eingängen befindet sich eine Mitteilung des Justizministers betreffend die Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Herbert Kraft (Naz.Soz.) wegen Körperverletzung. Es handelt sich um die Vorgänge am Schluß der vorletzten Sitzung. Auf eine kurze Anfrage betreffend die Verlegung der Badischen Bank nach Karlsruhe legt das Finanzministerium nochmals die Gründe für die Verlegung dar, und betont, die Unabhängigkeit der Bank bleibe gewahrt, und ihr Betrieb erfolge lebhaft nach wirtschaftlichen Grundsätzen. Die Nationalsozialisten wenden sich in kurzen Anfragen gegen Verbot und Auflösung nationalsozialistischer Versammlungen in Freiburg. Die Regierung hat keinen Anlaß, gegen die betreffenden Polizeibeamten vorzugehen. Sie billigt deren Verhalten und hält es für gerechtfertigt. Solche Anfragen wie auch eine weitere betreffend die Hausjungen auf Schloß Kottberg sind lebhaft dem Agitationsbedürfnis der Nationalsozialisten entgegengerichtet, es ist deshalb zu begrüßen, daß die Antwort des Innenministeriums jeweils von erfreulicher Klarheit und Knappheit ist. Sich mit diesen Leuten lang herumzureden, aber gar noch ihnen gegenüber getroffene Maßnahmen zu rechtfertigen, wäre glatte Zeitverschwendung.

Den Auftakt der Etatsberatungen bildet der Voranschlag des Rechnungshofes. Der Berichterstatter beantragt, den Betrag für Dienststellenkosten um RM. 600.—, von 3600.— auf 3000.— zu kürzen. Der Etat wurde ohne Debatte mit der beantragten Kürzung genehmigt. Der

Haushalt des Landtags gab Anlaß zu einigen Erörterungen. Ausgerechnet die härtesten Gegner des Parlaments, die Kommunisten, Nationalsozialisten und

Deutschnationalen betätigen sich als Reformier und Sitzenwächter der parlamentarischen Ordnung; man merkt aber die Wächter, und wird nicht verstimmt. Bemerkenswert ist, daß die Kommunisten die Einleitung eines Volksbegehrens und der Volksabstimmung zwecks Auflösung des Landtages ankündigen, da die Zusammenfassung des Landtages nicht mehr der Stimmung des Volkes entspreche. Der Nationalsozialist Köhler hält aber die Durchführung eines Volksbegehrens für ausgeschlossen und warnt deshalb vor diesem Wege. Man hat fast den Eindruck, daß den Nationalsozialisten heute schon bangt vor künftigen Wahlen. Die verschiedenen Abänderungs- und sonstigen Anfragen der Opposition werden durchweg abgelehnt, der Etat des Landtages genehmigt.

Das Kapitel Voranschläge ist damit erschöpft. Es folgen

Förmliche Anfragen

Die Kommunisten verlangen eine Mietentlastung für an verarbeitete Beamte des badischen Sicherheitsdienstes vermietete reichseigene Wohnungen. Die Regierung erklärt, daß ein Grund zu Beanstandungen nicht vorliegt, die Mietentlastung sei nach Maßgabe der vierten Notverordnung erfolgt.

Nach den Kommunisten folgten die Nationalsozialisten. Abg. Hagin (Naz.Soz.) hat Sorgen wegen der Einfluß von elfässischem Salat nach Baden. Die Anfrage ist ein typisches Bild agitatorischer Kurzsichtigkeit. Denn zu gleicher Zeit, wo die Falenkreuzler den elfässischen Salat nicht nach Deutschland hereinlassen wollen, bemühen sich die oberbadischen Bauern um verstärkte Ausfuhr ihrer Erzeugnisse nach dem Elfaß. Es war wirklich Salat, der in dieser Sache von den Rittern vom Falenkreuz perant wurde. Zumal die Regierung noch erklärte, daß ihr von einer Wächter der Salateinfuhr vom Elfaß nach Baden überhaupt nichts bekannt sei!

Um die Reihe voll zu machen, treten die Deutschnationalen auf den Plan mit einer Anfrage, betreffend das Geschäftsbüro der Badischen Bauernbank in Freiburg und der Zentralbesuchs- und Abhängenossenschaft des badischen Bauernvereins. — Die Konturen von rechts, die Nationalsozialisten, hat in einer gleichen Anfrage gleiche Sorgen. Beide wollen wissen, ob Verfügungen vorgenommen sind und ob der Staatsanwalt einschreite. Auch hier lebhaft die Wächter, Parteigeschäfte zu machen. Die Regierung teilt mit, daß Strafverfahren eingeleitet worden sind und Ermittlungen gegen Vorstandsmitglieder der badischen Bauernbank im Gange sind. Die Aufregung und das Getöse der reaktionären Staatsritter war also überflüssig. Treffend meinte der Generalstaatsanwalt, er stelle es den Antragstellern anheim, wenn ihnen strafbare Handlungen bekannt seien, diesbezügliche Anzeigen zu erstatten. — Die förmlichen Anfragen werden zu längeren Auseinandersetzungen führen. Die Debatte wurde deshalb um halb 8 Uhr auf Mittwoch, den 16. März, vormittags halb 10 Uhr vertagt.

Freistaat Baden

Gegenläufe

In den vorwiegend katholischen Gegenden erhielt der evangelische Kandidat von Hindenburg die meisten Stimmen; in den vorwiegend evangelischen Gegenden wurde der Katholik Hitler gewählt.

In Wahlkreisen, die mit dem Hitlerismus schon in Lufthaltung standen, brädelten die Wähler deutlich vor ihm ab. Hindenburg hat Ostpreußen von den Russen befreit. Ostpreußen wählte dafür Hitler. — Die Republik hat Ostpreußen bisher manche Ostpreußenhilfsmillion angedeihen lassen. Zum Dank dafür lehnt sich Ostpreußen nach Hitlers Drittem Reich.

Die ursprüngliche Provinz Pommern fühlt sich, weil vorwiegend evangelisch, besonders stark zum katholischen Hitler hingezogen. — Die katholische bayerische Pfalz liebt Hitler ebenfalls stärker als Hindenburg.

Nun ein Beispiel des Gegenlaufes von politischer Ueberzeugung. Eine junge Dame aus Pommern wählte mittels Wahlzettel in Konstanz. Sie erkundigte sich: „Wen wählt man denn hier?“, „Denjenigen, den Sie auch dort wählen würden,“ lautete die Antwort. Und sie erklärte: „Bei uns ist Hitler in Mode. Ich möchte aber nicht auffallen und will mich nach der hierigen Gegend richten.“ Sie hat dann Hindenburg gewählt, weil Hindenburg in Konstanz in Mode war.

Die letzte Befanntschaft mit dem Polizeiknäuel vor der Wahl machten die Hitleranhänger am Samstagabend während einer Wahlversammlung, in der Minister a. D. Dr. Curtius sprach, in Konstanz und zwar im Konzilsaal. Der Versuch, die Versammlung zu führen mit den Rufen „Heil Hitler“ endete mit noch stärkeren „Au-Wu“-Rufen kraft der Gummiknäuel. Hier gleichen die Hitleranhänger der drei Päpste, die im Jahre 1418 aus den gleichen Räumen fliehen mußten. Der Unterschied war nur der, daß damals auch die Führer flohen, während diesmal die Führer als Biedermänner im Saal sitzen blieben, während den getreuen Knappen das Fell mit Gummi angegriffen wurde.

Führer erneut verurteilt!

Wegen Beleidigung Dr. Births

Anlaßlich eines katholischen Jugendtreffens am Pfingsten 1931 sprach dort der ehemalige Minister Dr. Birth und ließ sich bei seiner Rede auch über die neuen Verhältnisse in Spanien aus, wobei er es begründet haben soll, daß Spanien nunmehr auch eine republikanische Staatsform bestünde. In ganz entstellter Form erliegen bald darauf im Altemanne ein Artikel, der gegen Dr. Birth die heftigsten Anwürfe brachte. In einem Artikel: „Dr. Birth begrüßt die spanische Republik“, wurden Aussätze aus jener Rede fallsch ausgelegt und völlig sinnlos wiedergegeben. Dr. Birth strengte daraufhin in einem Prozeß Klage gegen den Herausgeber Leit eine Geldstrafe von 300 M. erhielt. Struppellos, wie die Herren von Karlsruhe Führer nun einmal sind, wurde der Artikel, der sich besonders wieder zur Dese eignet, nachgedruckt. Vor dem Schöffengericht hatte sich deshalb der Hauptkritiker Franz Moraller wegen Beleidigung zu verantworten. Auch das Karlsruhe Gericht kam zu einer Verurteilung und verurteilte den Angeklagten nach dem Antrag des Staatsanwalts zu einer Geldstrafe von 200 M. und billigte dem Kläger die Veröffentlichung des Urteils im Führer, Altemanne und Bad. Beobachter zu. Strafmildernd war für den Angeklagten, daß er den Artikel erst nachgedruckt hat, als er im Altemanne bereits eine Zeit gestanden ist, ohne daß Strafandrohung gestellt wurde. Im Ganzen wird man aber die Strafe als eine gerechte Sühne für all den Schmutz und die Verleumdung, die Tag für Tag durch die Senationsblätter ins Land getragen werden, ansehen.

Politischer Zusammenstoß

W. B. Laufenburg (Werra), 15. März. Gestern Abend kam es zwischen Anhängern der Nationalsozialisten und politisch Ueberdenkenden zu erheblichen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf ein Nationalsozialist zwei junge Burjchen durch Messerstiche verletzte. Beide, zwei Brüder namens Morath, mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Änderung des Gebäudejondersteuergesetzes

Dem Landtag ist loben der Entwurf eines Gesetzes über die Änderung des Gebäudejondersteuergesetzes zugegangen. Die Durchführung verschiedener Änderungen nach Reichsrecht im Verordnungswege ist die vorherige Änderung von zwei landesrechtlichen Vorschriften durch Landesgesetz notwendig, damit die Verordnung des Staatsministeriums die Bestimmungen über die Senkung, Verminderung und Abhebung der Gebäudejondersteuer von vornherein darauf abstellen kann. Diese Änderung wird durch das vorliegende Gesetz getroffen. Es handelt sich dabei um die vom Landtag mehrmals beauftragte Freistellung der vorwiegend land- und forstwirtschaftlich genutzten Gebäude von der Gebäudejondersteuer (§ 7 Absatz 3) sowie die vom Landtag gewünschte Aufhebung der erhöhten Gebäudejondersteuer für Gebäude mit einer Friedensmiete von mehr als sechs Prozent des Steuerwertes (§ 7a). Bei diesem Anlaß soll gleichzeitig eine notwendig gemordene Ergänzung der Vorschriften über die Berechnung des Landesanteiles mit den Gemeinden und über die Ablieferung dieses Anteiles sowie des Wohnungsbauanteiles vorgenommen werden. — Weiter ist eine Bestimmung über die Verteilung um der Abführungsbeträge notwendig gemordene.

Goethe mahnt zur Einigkeit

Ein Aufruf des Reichspräsidenten

Reichspräsident v. Hindenburg, Reichskanzler Brüning und zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens veröffentlichten zum Goethejahr folgenden Aufruf:

Wenn am 22. März der Tag zum hundertsten Male wiederkehrt, an dem Deutschlands vollendeter Geist seinem Glauben gemäß in die Unsterblichkeit einging, so kann der Tag, der damals die Klage um den unerklärlichen Verlust entsetzte, kein Trauertag mehr sein. Er bedeutet jetzt das freudvolle Bewußtsein eines unverlierbaren Besitzes, der dem Volke Goethes nicht geraubt werden kann, es sei denn, daß es sich selbst aufgibt. Goethe hat in den Jahren hoffnungslosen Tiefstandes seinem Volke den Weg der Wiedergeburt gewiesen. Seine größte Dichtung zeigt die Vision des freien Volkes auf freiem Grunde als ein Vermächtnis des Dichters, der, weit in die Zukunft blickend, die Aufgaben neuer Gesellschaftsordnung als Naturgesetz wechselseitiger Hilfe und wertvoller Liebe aufstellte. Goethes hundertster Geburtstag soll, wie einst Schillers 100. Geburtstag, ein Weckruf für das Einheitsbewußtnis des über die ganze Erde verstreuten Deutschtums werden.

Wenn am 22. März in der Sterbestunde des Mittags die Glocken läuten, soll der Geist Goethes durch alle deutschen Lande ziehen. Das Goethejahr soll die ganze Volksgemeinschaft in einem Erlebnis zusammenführen, das mit großer Verganenheit verbindet und über die Not der Gegenwart eine Brücke schließt in eine bessere Zukunft!

Silbermünzen zum Andenken an Goethe

Auf der Tagesordnung der Sitzung des Reichsrats steht u. a. die Ausprägung von Reichsilbermünzen zu drei und fünf Mark als Erinnerung an Goethe.

Gegen die Schmälerung der Krisenfürsorge durch das Landesarbeitsamt Südwestdeutschland

Aus Stuttgart wird uns geschrieben: Der Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuss des Württembergischen Landtages beschäftigte sich am Montag mit dem sozialdemokratischen Antrag gegen Runderlasse des Landesarbeitsamts Südwestdeutschlands, in denen mit Wirkung für Württemberg und Baden die Ansprüche der Krisenfürsorgeempfänger erheblich herabgesetzt wurden.

Als Berichterstatter führte Abg. Weimer (S.) zur Begründung der Anträge aus, daß die Erlasse des Präsidenten des Landesarbeitsamts nicht nur in ihrer Rechtmäßigkeit anzuzweifeln sind, sondern auch tatsächlich dem Sinn und Zweck der Grundverordnung über die Krisenfürsorge widersprechen, weil durch sie der vorgeschriebenen sorgfältigen Überprüfung des einzelnen Falles entgegengehandelt wird.

Bei der Abstimmung wurde der folgende Antrag Weimer und Gen. (S.) mit 10 Ja (S., D., J., DVP., K.) bei 3 Enthaltungen angenommen:

„Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, bei dem Landesarbeitsamt Südwestdeutschland dahin zu wirken, daß die Runderlasse des Landesarbeitsamts vom 21. November 1931 Nr. 111 30, 40 und vom 21. Dezember 1931 Nr. 111 30, 40/1893 wie folgt abgeändert werden:

- 1. Die in Art. 3 Abs. 2 der Verordnung über die Krisenfürsorge vom 23. Oktober 1931 festgesetzten Prezedenze des Einkommens Angehöriger sind mit Ausnahme der Säule für die Sonderklasse und die Christoffe A als Mindestsätze anzusehen.

- a) in der Sonderklasse und in den Christoffen A und B braucht eine Angleichung an die örtlichen Verhältnisse nicht vorgenommen zu werden;

- b) in den Christoffen C und D sind ohne Rücksicht auf die konkreten Fälle als Betrag, den der Arbeitslose in der öffentlichen Fürsorge zu erhalten hätte, in Württemberg folgende Wochensätze zu unterstellen:

Christoffe	Wöchentliche	Chenpoare	Zusatzberechtigter außer den Ehegatten
Christoffe C	9,60 RM.	13,80 RM.	2,40 RM.
Christoffe D	8,40 RM.	12,00 RM.	2,40 RM.

Errechnen sich nach den Art. 2 bis 6 der Verordnung über die Krisenfürsorge eine höhere Unterstützung als die vorgenannten Beträge, so darf eine Kürzung der Unterstützungssätze nicht vorgenommen werden.

Außerdem gelange noch der folgende Antrag Dr. Bursner (DVP.) Genler (J.), Weimer (S.) zur einstimmigen Annahme: „Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, beim Landesarbeitsamt Südwestdeutschland dahin zu wirken, daß die Runderlasse des Landesarbeitsamts vom 21. November 1931 Nr. 111 30, 40 betreffend die Art. 3 Abs. 2 der Krisenfürsorgeverordnung vom 23. Oktober 1931 ebenso wie bei Anwendung des Art. 7 der Krisenfürsorgeverordnung die besonderen persönlichen und örtlichen Verhältnisse berücksichtigen.“

Nach Hitlers Niederlage

Paris, 14. März. In den letzten Tagen vor dem 13. März war es in Paris für Deutsche geradezu gefährlich, Franzosen zu treffen. Jeder fragte sofort nach den Aussichten der deutschen Präsidentschaftswahl, und so viele Propheten, wie die Franzosen forderten, gibt es gar nicht.

Er läßt nicht nur die deutsche, sondern auch die französische Reaktion geschlagen zurück. Deren Blätter, die sich schon ganz auf einen Hitlersturz am 13. März einzustellen bemühten, sind verlegen, und sie verzeihen es Hitler nicht so bald, sie enttäuscht zu haben.

Andere nationalistische Blätter wieder kommen auf den Gedanken, es sei doch schon deshalb schade, daß Hitler am 13. März nicht triumphierte, weil dieser so ein Niederstimmlopf sei, dessen Politik nur den französischen Nationalismus und Frankreichs Stellung in Europa stärken könne.

Kennzeichnend für die Ansicht der bürgerlichen Linken ist ein Artikel im Dewette unter der Überschrift „Hitler ist geschlagen“. Da heißt es unter anderem: „Das Wahlergebnis beweist, wie wirksam

Arbeitsbeschaffungsprogramm

Die Projekte des Reichswirtschaftsrats

Der Reichswirtschaftsrat hat in einer Reihe von Sitzungen seine Untersuchungen über das Arbeitsbeschaffungsprogramm durchgeführt. Es handelt sich hier um die u. a. von den Gewerkschaften geforderten Bestrebungen, der Wirtschaft planmäßig neue Anregungen zu geben.

Reich und Länder stehen in einer verzweifelten Finanzlage. Sie können keine öffentlichen Mittel zur Verfügung stellen. Auch der Gedanke, Privatbanken zu einer Fortfinanzierung heranzuziehen, hat sich nicht als tragfähig erwiesen.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reichswirtschaftsrates könnte den Arbeitsmarkt fühlbar entlasten. Der Reichswirtschaftsrat gibt über den Umfang der ihm vorliegenden Projekte folgende Zusammenfassung:

	Kredite (in Million RM.)	Arbeitskräfte
Reichsbahn	100	30 000
Reichspost (für 1932)	50	15 000
Strassenbau zwischen Straßennetz und Hochwasserstand bis	200-710	77 000-300 000
Landwirtschaft, Meliorationen	200	120 000
Milchwirtschaft (für 1932)	50	10 000
Hausrparaturen	300-500	135 000-225 000

Somit die Reichsbahn in Frage kommt, die ja bereits mit Hilfe der 250 Millionenanleihe ein besonderes Arbeitsbeschaffungsprogramm durchführt, hat sich diese bereit erklärt, über das laufende Programm hinaus für 1932 Arbeiten im Gesamtaufwand von 100 Millionen Mark in Gang zu setzen, wenn Verzinsung und Amortisation der dafür zur Verfügung gestellten Mittel so günstig gestaltet werden, daß die Liquidität des Unternehmens nicht gefährdet wird.

Die Gegenoffensive der Sozialisten und der Mittelparteien war. Es beweist auch, daß die Arbeiterbewegung niemals so stark hätte werden können, wenn die Reichsregierung, statt mit ihr zu handeln, stets energig gegen sie aufgetreten wäre.

Thüringer Nazi-Schiebungen

SPD. Weimar, 15. März. (Eig. Draht.) Von dem vom Thüringischen Landtag eingeleiteten Untersuchungsausschuß über die Verhältnisse bei der Thüringischen Landespolizei, waren am Dienstag als Zeugen geladen und erschienen: Stennes-Berlin, Hitler-München, Fritz-München und der Thüringische Landtagsabgeordnete der Nationalsozialistischen Partei in Weimar, Dr. beiden Beamten in zwei Anzügen vor. In seiner Bekleidung befand sich u. a. auch das Großmaul Goebbels.

Verhandelt wurde über die Ernennung Hitlers zum Gendarmetiekommissar von Hildburghausen durch Fritz, sowie über die Auswahl der Anwärter für die Thüringische Polizei durch die Gauleitung der nationalsozialistischen Partei in Weimar.

Stennes sagte aus, daß er mit der Berliner Zeitung, in der Hitlers Ernennung zum Gendarmetiewachmeister zum erstenmal genannt wurde, nichts mehr zu tun habe und infolgedessen die Quelle dieser Nachricht nicht wisse.

Hitler erklärte, daß er sich für die Einbürgerung Hitlers unterhalten, schon wegen der Gefahr der Ausweisung. — Fritz sagte aus, daß er schon 1929 in Bayern den Versuch gemacht habe, Hitler die Staatsangehörigkeit zu beschaffen. Der Versuch sei allerdings gescheitert. Als er dann Minister in Thüringen geworden sei, habe er alles versucht, um endlich die Angelegenheit zu bereinigen, und Hitler die deutsche Staatsangehörigkeit zu verschaffen.

vor. Die Milchverarbeitung erfordert nach den Projekten des Reichswirtschaftsrates rund 100 Millionen Mark.

Bei der Melioration wird vor allem auf schärfste Nachprüfung der Projekte hingewiesen, um die Rentabilität sicherzustellen, weiter auf die Notwendigkeit einer Einsparbilanz in der Form einer öffentlichen Beteiligung. Außerdem denkt man an eine Verbüßung durch „Anspruchnahme des freiwilligen Arbeitsdienstes in geeigneten Fällen“.

Eine besondere Rolle spielen die Hausrparaturen. Hier denkt man an eine Übertragung der in Bayern verfolgten Methoden auf das ganze Reichsgebiet. In Bayern hat man bei der Beschaffung von Reparaturkrediten bisher die öffentliche Verwaltung weder mit Kosten noch mit Risiken belastet.

Der deutsche Außenhandel im Februar

Die deutsche Einfuhr im Februar (441 Mill. RM.) hat gegenüber der tatsächlichen Einfuhr im Januar (425 Mill. RM.) um 16 Millionen RM. zugenommen. An der Zunahme sind überwiegend die Rohstoffe beteiligt.

Die Ausfuhr ist mit 527 Mill. Mark um drei Millionen RM. geringer ausgewiesen als im Vormonat; einschließlich der Reparationslieferungen beläuft sie sich im Februar auf 538 gegen 542 Mill. RM. im Januar.

Die Handelsbilanz schloß im Februar mit einem Ausfuhrüberschuß von 86 Millionen RM. gegenüber dem tatsächlichen Ausfuhrüberschuß von 105 Mill. RM. im Januar ab.

Wohnungsausschuß

DD. Berlin, 15. März. Der Wohnungsausschuß des Reichstags beschäftigte sich mit dem sozialdemokratischen Initiativgesetzentwurf über Arbeitsbeschaffung und Förderung des Kleinwohnungsbaus mit Hilfe öffentlicher Mittel.

Strafrechtsausschuß

DD. Berlin, 15. März. Im Reichstag begann am Dienstag die Ausschusssitzung. Vormittags trat zunächst der Strafrechtsausschuß zusammen.

vor dem Reichsgericht ausgelastet hat, daß er staatenlos ist, habe ich erfahren, daß Hitler von der Anstellungsurkunde keinen Gebrauch gemacht hat.

Fritz war weiter der Meinung, daß die Anstellung als Gendarmetiekommissar keine Scheinanstellung gewesen sei. Darauf befragt, wie er aus, daß er die von Hitler unterzeichnete Empfangsbekundigung zerrißen habe.

Hitler bestätigte, daß er von Fritz die Anstellungsurkunde in Gera auf dem Goutag erhalten habe, nur könne er sich nicht mehr erinnern, ob er eine Empfangsbekundigung hierüber unterschrieben habe. Er, Hitler, habe gleich den Eindruck gehabt, als könne er das nicht annehmen, deshalb habe er die Urkunde in den nächsten Tagen zerrißen und verbrannt.

Hitler gibt ferner an, daß er nie einen Antrag gestellt habe, deutscher Staatsbürger zu werden. Als er befragt wurde, warum er sich nicht verbeten habe, daß krumme Wege zu seiner Einbürgerung beschritten wurden.

Das gleiche Schauspiel wiederholte sich, als er daran erinnert wurde, daß nach seiner eigenen Aussage in seiner Partei nichts ohne seinen Willen und ohne sein Wissen geschehe.

Aus aller Welt

Vulkanausbruch

Soerabaya (Java), 15. März. Auf der Insel Nila in der Banda-See ereignete sich ein heftiger Vulkanausbruch, gefolgt von Erdbeben und Erdrutsch. Ein Dorf wurde zerstört und die Plantagen vernichtet. Die Bewohner haben sich in die Wälder geflüchtet.

Student Pfleghaar auf freien Fuß gesetzt

Göttingen, 15. März. Der Student Pfleghaar, der unter dem Verdacht verhaftet worden war, den Diebstahl des Königsmantels im Anthropologischen Institut ausgeführt zu haben, hat bewiesen können, daß er sich die Verletzung an der Hand, die ihn verdächtig gemacht hatte, bei einem Göttinger Schuster zugezogen hat. Da ihm nichts nachzuweisen war, daß er irgend etwas mit dem Diebstahl zu tun hat, ist er aus der Haft entlassen worden.

Ueberflutungen im Nordkaukasus

Tiflis, 15. März. Infolge plötzlich einbrechender Tauwetter ist der Kuban-Fluß über seine Ufer getreten. Ueber 50 Dörfer stehen unter Wasser.

Das Urteil im Leoparden-Prozess

DNB. Berlin, 15. März. Der Kunstmaler v. Dibern wurde wegen der durch seinen Leoparden-Anschuß verursachten fahrlässigen Tötung der zehnjährigen Erica Scharies und fahrlässiger Körperverletzung der Mutter des Kindes zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Anschlag auf einen D-Zug

Erfurt, 15. März. Nach einer Mitteilung der Oberleitung der Eisenbahndirektion Erfurt ist heute der D-Zug 39 in der Nähe von Rahlra beschossen worden, und zwar soll ein Wagen dritter Klasse getroffen worden sein. Personen sind aber nicht zu Schaden gekommen.

Der Wagen 3. Klasse des D-Zuges 39, der heute nachmittags auf freier Strecke bei Rahlra leicht beschädigt wurde, ist heute abend zur weiteren Untersuchung auf dem Bahnhof Naumburg a b a b a n t worden. Es ist noch nicht einwandfrei ermittelt, ob es sich um einen Steinwurf oder um einen Schuß handelt.

Gemeinderatsbeschlüsse

Söllingen (Sitzung vom 10. März)

Ein Anwesen wird geschätzt. — Der Bürgermeister gibt das finanzielle Ergebnis der Veranstaltungen für die Winteropferhilfe bekannt. Es gingen ein: Von der Freien Turnerabteilung 144,26 M., vom Turn-, Musik- und Gesangsverein 201 M. Für diese Gaben und Willkürabgaben an dieser Stelle besten Dank. — Den Zuschlag zum Holzführen für Rat- und Schulhäuser erhielt Heinrich Wüst zum Preis von 2,50 M. pro Ster und ein Viertel Weilen. — Drei Zwangsabfuhrverfahren sind Gegenstand längerer Beratung. Die abgegebenen Erklärungen als auch die Notwendigkeit weiterer Information sind bestimmend für eine Fristverlängerung. — Auf die vom Forstamt wegen Streulaub erangene Zuschrift soll das Ministerium der Finanzen antworten. — Einem weiteren Schreiben bzw. Erlaß des Forstamts um Vorlage einer Skizze für die Kalksteinbrücheanlage am Königsbacher Weg wird stattgegeben. — In der Streitfrage zweier Bürger, ihre gemeinsame Wasserleitungsanlage betreffend, soll der Vertreter des Kulturbauamts um ein Gutachten angegangen werden. — Vom Vorschlag des Vermessungsamts zur Instandsetzung der Signalmarken auf Söllinger Gemarkung des Betra von 250 M. in den nächsten Voranschlag einzustellen, wird Kenntnis genommen. — Auf An-

suchen erhält die Kommunistische Partei den Rathausaal. — Die Hausordnung für Abgabe des Rathausaales wird aufgegeben. — Eine Gastwirtschaftsrechnung für Beförderung von Schulbeamten anlässlich des vorjährigen Bodentags wird nicht anerkannt. — Ein Gesuch um Ermäßigung der Grunderwerbsteuer wird abgelehnt. — Desgleichen zwei Gesuche um Ermäßigung des Wasserzinses. Ein ebenfalls aus Billigkeitsgründen befristeter. — Wegen einer Krankenhausrechnung soll unvor Rückfrage mit betreffender Familie stattfinden. — Mehrere Fürsorgegesuche werden auch in heutiger Sitzung verhandelt.

Töhlungen

Von der Kassenstandsabteilung der Gemeindefasse Kenntnis genommen. — Die vorgelegenen Rechnungsbelege in Einnahme bzw. Ausgabe gemeldet. — Einige Gesuche von Erwerbslosen betr. Zahlung von Rente und Bewilligung von Nahrungsmittelfarten zur Kenntnis genommen und zum Teil den Geschäftstellern entworfen. Von einem Schreiben des Erwerbslosenausschusses Kenntnis genommen, da aber das Kollegium nicht vollständig erschienen war, wurde die Angelegenheit zur nächsten Sitzung zurückgestellt. Desgleichen wurde Kenntnis genommen von einer Verfügung des Hauptzollamts betr. Tabaktabak für das Jahr 1932. Es sei an dieser Stelle aus der Verfügung mitgeteilt, daß wer ohne Genehmi-

gung der Kommission Tabak anbaut oder mehr anbaut, Gefahr läuft, daß derselbe nicht nur bestraft, sondern auch der angebaut Tabak vernichtet oder beschlagnahmt wird.

Eiserne front

Weingarten

Jeden Mittwoch 20 Uhr abends Instruktion in der Räckherber's. Antrien vollzählig!

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle und Beerdigungszeiten. 13. März: Karl Wege, 54 Jahre alt, Ehemann, Schmied, Beerdigung am 16. März, 11 Uhr. 14. März: Karolina Stein, 80 Jahre alt, ledig, ohne Beruf. Beerdigung am 17. März, 12 Uhr. Margarete v. Sieg, Ehefrau des Generals der Infanterie a. D. Max v. Sieg, 59 Jahre alt, Feuerbeerdigung am 17. März, 11 Uhr. Magdalena Maier, 78 Jahre alt, Witwe von Karl Maier, Schneidermeister (Mühlburg), Karl Weber, 46 Jahre alt, ledig, Maler (Beiertheim), Maria Büche, 83 Jahre alt, Witwe von Johann Büche, Zählmeister, Beerdigung am 17. März, 11.30 Uhr. Glasermeister Karl Ammann, 80 Jahre alt, Witwer (Breiten).

Für Raucher!

Ein Posten große 10 Pfennig-Schweizer Stumpfen in 1. Qualität offeriere solange Vorrat reicht das Stück zu 6 Pfg. Friedrich Cöpper Tabakfabrikate 1713 Klegsstr. 3a, Ecke Rüppurrer Straße Georg-Friedrich-Str. 25, Ecke Duracher Allee Rüppurrer Straße 10. Telefon 5286 (Für Wiederverkäufer Sonderrabatt)

Der große Erfolg! Der Hias Das feidgraue Spiel von Heinz Gilders. Gesangliche und musikalische Forträge. Cäse und artistische Darbietungen. Ab 16. März und folgende Tage im Colosseum. Schöne 4-5-Zimmer-Wohnung im Stadlinnen gesucht, evtl. mit Eigenbelegung. Angeb. unt. Nr. 1733 an den Volksfreund. Seeres Zimmer zu vermieten. Separater Eingang. Darglanden. Turnerstraße 15. W444

Wie? Aber selbstverständlich! Kostenlos kann jeder Abonnent im Monat einmal eine kleine Anzeige bringen. Husten-Atemnot Teile jedem Leidenden gern mit, wie ich mich von meinem hartnäckigen Husten selbst befreite. Lucie Merling Heiligenstadt, Eichst. Lindenallee 35, part.

Keller- und Speicherkram sowie Altpapier tauf Feuerstein. Fasanenstraße 26. Telefon 3481. 1474

Pfälzer Weine offen vom Faß Weiß- und Rotwein Liter 48 Pfg. und 5% Rabatt! BUCHERER in sämtlichen Filialen



Unsere Sonder-Abteilung für sämtl. Kinderbedarfsartikel in der III. Etage

- Abb. 1 Kieler Mantel ... 6.50
Abb. 2 Kieler Anzug ... 9.75
Abb. 3 Knaben-Anzug ... 3.75
Abb. 4 Baby-Garnitur ... 2.95
Abb. 5 Spiel-Anzug ... 2.25
Abb. 6 Mädchenkleid ... 5.40
Abb. 7 Mädchen-Mantel ... 6.25
Abb. 8 Pullover für Mädchen ... 3.25
Abb. 8 Faltenrock ... 3.55

- Kinder-Westen u. Pullover ... 2.90, 3.90, 5.90
Kniestrümpfe ... 95.7
Spiel-Anzug od. Kleidchen ... 1.85
Kinder-Kleid aus gemust. Stoff ... 1.95
Mädchenkleid ... 4.95
Schnür- u. Spangenschuhe ... 4.50, 3.90, 6.90, 6.45
Lackspangenschuhe braun ... 6.90, 6.45

- Baby-Kleidchen bunt Batist ... 95.7
Charmeuse-Unterleid ... 1.25
Schluphose für Mädchen ... 40.7
Knaben-Sporthemd ... 1.25
Schulranzen ... 2.95, 5.90
Hemd hose für Knaben ... 95.7
Turnanzug aus gutem Trikot ... 1.50
Kinderstrümpfe ... 25.7, 50.7
Büchermappen ... 4.90
Kinder-Frühstückstaschen ... 95.7



Trauringe in Gold 1734 das Paar v. 12 Mk. an empfehlbar Chr. Fränke Goldschmied Karlsruhe, Passage.

Mietervereinigung Karlsruhe (e.V.) Geschäftsstelle (nur briefl.) Baumstr. 33, III. IV Sprechstunden jeden Montag u. Freitag im Kaffee Nowack, jeden Mittwoch 'Unter den Linden' Ecke Yorkstr. u. Kaiserallee jeweils v. 6-7 Uhr.

Kohlen-Sparherde! Mit Garantie 25 Pro. Ersparnis. Brauchte nehme ich. Jahrg. Blumenstr. 11 part. 1713

Leichte und schwere Zettlermaschine Schneidemaschine Schreibmaschinemaschine billig zu verkaufen. wöchentlich 3 M. 1469 Staab, Serrenstr. 6 pt.

Jeder der dem Karlsruher Verkehrsverein beitrifft, arbeitet für seine Heimatstadt

DIE ZEITUNG DES FORTSCHRITTS Volksfreund WÄLDSTR. 28 FERNRUF 7020/21

Unsere Druckerei erledigt Drucksachen in gediegener wirkungsvoller Ausführung INSERATE haben durch die weite Verbreitung und den großen Leserkreis besten Erfolg

Merkel Kreuzstraße 25 Linoleum be- drückt am 1.95 Linoleum Inlaid ... am 3.95 Läufer 57 cm 90 cm 100 cm 110 cm 130 cm 1.35 1.95 2.10 2.35 2.75

Café Restaur. 3 Kronen Kronenstraße 19 - Telefon 5019 Morgen Donnerstag Schlachtag vorzügl. Qualitätsweine, Maninger Export-Bier. Gemütliche Gesellschaftsräume Ferdinand Weber.

Zuche für meine 16jähr. Tochter Stelle im Haushalt, evtl. auch tagelöhner. Ad. Schupfer 67, 51 V

Sehr schönes großes Oelgemälde zu verkaufen. 1739 Sonnenstraße 180, 111

Schneidemaschine, 1800 Watt, 220 Volt, 1000 U/min, 1000 Watt, 220 Volt, 1000 U/min, 1000 Watt, 220 Volt, 1000 U/min

Guterh. Tornister zu kaufen gesucht. Müller, Lohlestr. 24

Karlsruher Familien-Krankenkafe Kranke 1891 Unter staatl. Aufsicht. Telefon 4159

A. Werthhammer MALERMEISTER Luisenstraße 37, Tel. 7365 Ausführung aller Maler-Arbeiten

Gebrauchte Möbel (gute) aller Art werden angekauft und verkauft. Schirrmann, Markgrafenstr. 43

Holz 4.20 M. drei Keller Bestellungen an meine Filialen oder Büro. Zählr. ger. Nr. 44. Telefon 394. erbeten BUCHERER